



Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Internationale eingetreten werden muß. Die Konferenz forderte die in Amsterdam befindliche Zweigstelle des internationalen Gewerkschaftsbundes im Einvernehmen mit den dem Bunde angehörenden Landeszentralen und der Korrespondenzstelle der Gewerkschaften aus den Westländern in Paris auf, spätestens aber bis zum Mai dieses Jahres, eine weitere internationale Gewerkschaftskonferenz einberufen mit der Aufgabe, die Geschlossenheit der Gewerkschaftsinternationale wiederherzustellen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Wie Dubocquet am Schluß der Konferenz mitteilen konnte, hatten die in- zwischen von ihm mit dem Führer der französischen Landesorganisation, Jouhaux, geführten Besprechungen ein Einvernehmen dahin erzielt, daß die Konferenz des Gewerkschaftsbundes zum Anfang Mai einberufen werden sollte.

Die wichtigere Arbeit der Konferenz betraf die Frage eines internationalen Arbeiterschutzes. Wider lagen zwei solche vor: Das eine war von den Gewerkschaften Englands, Frankreichs und Belgiens in einer Konferenz in Leeds 1916 beschlossen, das zweite ist das vom internationalen Gewerkschaftsbund im September 1917 in Bern angenommene Arbeiterschuttsprogramm. Die Interessierte zwischen den beiden Programmen sind nicht erheblich, und die Gewerkschaftskonferenz machte es zu ihrer Aufgabe, die Differenzen auszugleichen, um zu einem einheitlichen Programm der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu kommen. Die wesentliche Differenz bestand in der Frage der Freizügigkeit. In Leeds hatte man das „Recht auf Arbeit“ überall, wo ein Arbeiter Beschäftigung finden konnte, proklamiert und die öffentliche Organisation der Kontraktarbeit als Aufgabe festgelegt. Der Internationale Gewerkschaftsbund dagegen beschränkte sich auf die Proklamation der Freizügigkeit und lehnte im Anschluß an frühere Beschlüsse der internationalen Arbeiterschuttskonferenz und Gewerkschaftstagen die Kontraktarbeit ab. Nach dem Vorschlag (Frankreich) erklärt hatte, daß die Franzosen mit ihrer Forderung des Rechts auf Arbeit auch nichts anderes wolle, als was die Deutschen unter dem Begriff der Freizügigkeit verstehen, war der Ausgleich auf der jetzigen Konferenz in Bern schnell herbeigeführt. Die Konferenz übernahm aus dem Programm des Gewerkschaftsbundes den Abschnitt über die Freizügigkeit, ebenso den über das Koalitionsrecht und die Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den einheimischen in allen Fragen des Arbeiterrechts. Ebenso wurde das Verbot der Verwerbsarbeit von Kindern unter 15 Jahren dem Berner Programm entnommen; aber zugleich wurde die Forderung dahin ergänzt, daß die allgemeine Schulpflicht in allen Ländern durchzuführen sei mit dem Ziel, die allgemeine berufliche Bildung vorzubereiten; die höhere wissenschaftliche Bildung müsse allen zugänglich sein. Die Freizügigkeit und Neigungen der jungen Leute dürfen durch ihre materiellen Existenzbedingungen nicht behindert werden.

Der Schluß der Jugendlichen im Alter von 15 bis 18 Jahren wurde im wesentlichen dem Programm des Gewerkschaftsbundes gemäß gefordert. Die Delegation des englischen Gewerkschaftsbundes, die an der Konferenz teilnahm, ließ zu Protokoll erklären, daß sie jedoch nicht das Verbot der Beschäftigung von Jugendlichen in Bergwerken bei Arbeiten unter Tage aufheben könne, weil die englischen Bergarbeiter für die Aufrechterhaltung der rechtseitigen handwerksmäßige Erkennung dieses Berufes durchgeföhrt haben. Im übrigen stimmten auch die Engländer für den geforderten Schluß der Jugendlichen. Ebenfalls wurden die Forderungen über den Arbeiterinnen- einfluß in Lebensversicherung mit den Beschlüssen des Gewerkschaftsbundes akzeptiert. Eine von feministischen Geistes beeinflusste Deklaration der sozialistischen Frauen Schwedens gegen ein Verbot der Nachtarbeit der Frauen wurde zur Kenntnis genommen, aber ohne weitere Beachtung gelassen.

Schlüssig der Forderung eines Maximalarbeitsgesetzes ging die Konferenz über die früheren Programme von Leeds und Bern hinaus, indem sie den vorzeitigen Lebensgang zum Schlußbrottag oder zur achtundvierzigstündigen Arbeitswoche forderte. Dieser Beschluß wurde damit motiviert, heute, nachdem der Schlußbrottag durch die Revolution in einer Reihe von Ländern zur gesetzlichen Tatsache geworden ist und nachdem er in England auf gewerkschaftlichem Wege ebenfalls im wesentlichen durchgeführt wurde, könne von einem längeren Lebensgang nicht mehr geredet werden; darüber bestand vollständige Einmütigkeit auf der Konferenz, ebenso in der Forderung des Verbots der Nachtarbeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens für alle Betriebe, die nicht ihrer Art nach oder aus sonstigen Gründen auf Nachtarbeit angewiesen sind. Ein englischer Antrag, dem Programm einzufügen, daß der freie Sonntagsnachmittag in allen Ländern anzuerkennen ist, fand einstimmige Annahme.

Die Forderungen des Gewerkschaftsbundes bezüglich einer zusammenhängenden Ruhepause von 36 Stunden wöchentlich wurden übernommen. Die Forderungen betreffs Hygiene und Unfallversicherung, Schmutzwäsche, Sozialversicherung, Seesunde, Gewerbeaufsicht usw. wurden ebenfalls übernommen. Darüber hinaus sollte die Konferenz die Forderung auf, daß in allen Arbeitsstätten, in denen der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters oder einer Arbeiterin zu einer gestützten Lebensführung nicht genügt,

und in denen der Abschluß von Lohnvereinbarungen durch Arbeiterverbände sich als unmöglich erweist, paritätisch auf- gerechnet, rechtsverbindliche Lohnsätze aufzustellen.

Eine Neugefaltung des Programms des Gewerkschaftsbundes hinsichtlich der weiteren Forderungen des internationalen Arbeiterschutzes. Die früheren Programme von Leeds und Bern verlangten die Einsetzung des Arbeitsschutzes der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutzes als internationale Zentralstelle für den Arbeiterschutzes. Dagegen machten sich auf der jetzigen Konferenz in Bern Bedenken geltend. Man war der Auffassung, daß die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutzes nicht unter die Kontrolle der Regierungen gebracht werden dürfe, sondern eine freie Organisation für legale Forschungsarbeiten bleiben müsse. Andererseits wurde in der Kommission (Frankreich) angeschlossen, geltend gemacht, daß die internationale Arbeiterschutzes in der Zukunft dem Einfluß der Bureaucratie nach Möglichkeit entzogen werden müsse. Das neue Berner Programm enthält dementsprechend die Forderung, daß die vertretendsten Staaten eine ständige Kommission errichten sollen, die zu gleichen Teilen aus Vertretern des Arbeiterbundes und des internationalen Gewerkschaftsbundes bestehen soll. Diese Kommission soll die von den Vertrags- mächten beauftragten, alljährlich abzuhaltenen internationalen Arbeiterschuttskongresse vorbereiten und berufen. Die Hälfte der stimmberechtigten Teilnehmer an diesem Kongresse muß aus Vertretern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jedes Landes bestehen und die Kongresse sollen im Rahmen der ihnen zugehörigen Kompetenzen bindende Beschlüsse fassen können. Die ständige Kommission wiederum soll in dauerndem Zusammenwirken mit dem internationalen Arbeitsamt in Basel und dem internationalen Gewerkschaftsbund bestehen.

Das soeben erwähnte ungarische internationale Arbeiterschuttsprogramm der Gewerkschaften wurde auf der Konferenz von Janson im Auftrag der Kommission be- gründet und fand nach kurzer Diskussion einstimmige Annahme. Ein Referat zum gleichen Thema hatte Jouhaux (Frankreich) übernommen, der eine Proklamation an die Arbeiter aller Länder vorlegte, die von der Konferenz ein- stimmig angenommen wurde. Diese Proklamation weist die Arbeiter auf die Notwendigkeit der internationalen Sozialreform und auf die noch größere Notwendigkeit der Organisation der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen hin. Die Arbeiter müssen eine internationale Organisation der Arbeit anstreben, sich ein Mindestmaß von Garantien moralischer und materieller Art sichern und so die Neuordnung vorbereiten, der die Arbeiterwelt auftritt.

Einen Antrag der Franzosen gemäß nahm die Konferenz zur Frage des Völkerbundes Stellung. Die von Rube (Deutschland) im Auftrag der Kommission vertretene Resolution stellt sich auf den Boden eines Bundes der Völker, der Freiheit, Gerechtigkeit und die Beseitigung der Kriege bezweckt und alle wirtschaftlichen und politischen Trennungen der Völker aufhebt.

Eine zweite Resolution der französischen Delegierten wurde ebenfalls einstimmig angenommen; sie enthielt den Revolutionen, die in vielen Ländern die Krone krümmen und die Herrschaft der Bourgeoisie befeitigen, den Bruch der Konferenz. Die Konferenz ebrt das Andenken der Millionen Arbeiter, die in allen Ländern auf den Schlachtfeldern fielen als Opfer derjenigen, die die Gewalt der Waffen dem Rechte der Völker entgegensetzten.

Am Verlaufe der Konferenz richtete Janson (Deutsch- land) an die Delegierten der englischen und französischen Gewerkschaften die Anfrage, welche Stellung sie einnehmen gegen den in Frankreich und zu der Auf- richterhaltung und Verschärfung der Diktatur gegen den Völkerbund, durch die Millionen verurteilt werden. Jouhaux (Frankreich) gab hierauf die Erklärung ab, daß, trotzdem die Frage heftig ist, er doch erklären müsse, daß die Frage heftig ist, er könne aber keine billige, daß ein freigelegtes Land ein besiegtes Land und die Kriegsgefangenen zur Zwangs- arbeit verwende. Injere Sympathie gilt dem deutschen Volke ebenso wie allen Völkern. Das Ende der Welt ist nicht gleichgültig. Allen die Deportationen in Belgien und Nordfrankreich und die Be- handlung der russischen Kriegsgefangenen nach dem Frieden von West-Bromskow erwidern unser Vorgehen, das wir gegenüber unserer Regierung einbringen wollen. Mit werden angesichts der Herjörnungen in Belgien und Nord- frankreich. Ich wiederhole jedoch in bestimmter Weise, daß nach unserer Ansicht ein siegreiches Volk ein besiegtes Volk nicht zu Hunger und Zwangsarbeit verurteilen darf. Dies wollen wir ohne jede Zweideutigkeit erklären haben.

Branning (England) schloß sich dieser Erklärung an und bemerkte: Die Ereignisse des Krieges haben im englischen Volke große Enttäuschungen hervorgerufen. Die englischen Gewerkschaften werden trotz- auszuhalten und in den Hunger zu treiben. Die Revolution in Deutschland hat eine Wendung gebracht. Die eng- lischen Gewerkschaften wollen heute einen ein- stimmigen Frieden der Versöhnung und werden

in diesem Sinne tun, was ihnen möglich ist, können aber für die Aufrechterhaltung der Diktatur keine Verantwortung übernehmen.

Die deutsche Delegation erklärte darauf, daß sie eine andere Stellungnahme der Franzosen und Engländer nicht erwartet hätte; sie verweise insbesondere gegenüber den Franzosen auf das erfolgreiche Einschreiten der deutschen Gewerkschaften gegen die Deportationen. Es sei ihnen nicht nur gelungen, die Einstellung der Deportationen herbeizuföhren, sondern sie haben auch großen Massen der Deportierten die Rückkehr in die Heimat ermöglicht. Auch hätten sie ihren ganzen Einfluß für die belgischen Arbeiter mit Erfolg eingesetzt.

Damit war auch diese Angelegenheit zu allseitiger Zufriedenheit erledigt. Es darf festgestellt werden, daß auf dieser internationalen Arbeiterschuttskonferenz, auf der zum erstenmal wieder die Gewerkschaftsvertreter von hiesigen und hiesigen Arbeiter in irgendwelche Instanz- sachen verurteilt wurden, die Formulierungen der Beschlüsse der Konferenz nicht zulässig waren. Die Meinungs- verschiedenheiten betrafen lediglich die Formulierung des einen oder anderen Punktes in den Beschlüssen, die aber sämtlich einstimmig gefaßt werden konnten. Mit aller Bestimmtheit kann darauf geschneit werden, daß die Gewerkschaftsinternationale bei ihrer bald stattfindenden Tagung wieder neu und fruchtbar ersehen wird.

### Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Feststellungsergebnis vom 10. Februar.

Am dem aus allen Bezirken vorliegenden Bericht sind von 697 Vereinen 691 mit 185 743 Mitgliedern beteiligt. Davon bedeutet sich 36 130 oder vom Hundert 19,45 arbeitslos. Im vorigen Jahrgange waren unter 175 119 Mit- gliedern 29 379 arbeitslos gemeldet, vom Mitgliederhundert 16,78. Einer Mitgliederzunahme um rund 10 500 steht ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit um 671 gegenüber. Im Gesamtergebnisse nicht das Maß der Zunahme von dem der letzten Wochen wenig ab. Im einzelnen Bezirken gab es da- gegen größere Unterschiede. So hat sich der Bestand im Bezirk Hannover von 9,6 auf 24,7, in Erfurt von 6,1 auf 24,1, in Dresden von 26,3 auf 31,2, in den beiden Bezirken Königsberg und Bromberg trat ein kleiner Rückgang der Arbeitslosigkeit ein. In einzelnen Bezirken zum Hundert der Mitglieder hatten die größte Arbeitslosigkeit Leipzig mit 32,7, Dresden mit 31,2, Stettin mit 24,9, Hannover und Jamburg mit 24,7, Erfurt mit 24,1, Königsberg mit 24,0, Hagen mit 23,9, Bromberg mit 22,8, Hofstadt mit 21,9, Breslau mit 20,9, Berlin mit 20,6. Das sind 12 Bezirke, in denen über ein Fünftel, in einigen nahezu ein Drittel der Mitglieder arbeitslos sind. 17 182 in der Vormode, damit stetig ihr Verhältnis zum Hundert der Mitglieder von 9,81 auf 11,92.

Bezirk	Beitrag		In den bestehenden Vereinen		In den bestehenden Vereinen		In den bestehenden Vereinen		In den bestehenden Vereinen		Gesamt
	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos		
Königsberg	18	18	8672	785	809	240	6	1	—	866	
Bromberg	27	27	888	897	199	3	—	—	—	1105	
Stettin	52	52	3514	568	78	130	3	9	—	4776	
Breslau	52	52	8670	1074	1288	425	19	30	18	9	8106
Berlin	69	69	1334	2531	1969	949	235	679	63	69	1815
Hannover	48	48	1209	1263	1098	—	—	—	—	—	1098
Magdeburg	50	50	6429	918	1377	171	7	27	1	—	1547
Frankfurt	50	50	1878	1047	557	250	41	65	34	10	4410
Dresden	13	13	1187	1047	187	1047	—	—	—	—	1047
Dortmund	11	11	1099	21	64	76	15	9	—	—	1041
Hannover	37	37	1031	762	898	363	23	15	9	1	1503
Bremen	28	27	8042	693	960	392	1	11	—	—	1814
Hamburg	65	65	1349	1991	2176	521	76	121	14	23	11920
Hofstadt	60	60	8348	332	639	94	—	—	—	—	10400
Dresden	14	14	1337	2831	2832	233	24	28	13	10	7048
Königsberg	65	65	1818	4392	3813	1446	78	100	24	95	8562
Bromberg	20	20	6989	1286	976	463	3	159	19	6	48669
Wladenburg	30	30	10209	1047	1051	761	45	50	8	4	71926
Stuttgart	13	13	5017	261	210	76	11	98	17	—	409
Karlsruhe	12	10	8466	929	439	150	30	83	15	9	86
Zusammen	697	691	185743	22141	22873	8632	681	1764	307	171	213613

### Berichte.

Arnsvalde. Wir hatten im Kreise Arnsvalde in- folge lebhafter Agitation trotz des Winters 70 Reu- annehmungen. Am Ende selbst ist die Zahl der Mitglieder von 3700 auf 4000 gestiegen. Trotzdem bleibt uns für die da es im Kreise nicht immer über 300 Hektaren gibt, die es nicht für nötig halten, sich zu organisieren, was nötig wäre, um endlich einmal aus dieser dunklen Erde unsere neuen Hektaren aus dem Dunkel zu holen, dem Ver- dacht der uns nach vernünftigen Mitgliedern zu föhren. Lohnbewegung in Arnsvalde. In der Ober- wie von dort berichtet wird, die Arnsvalde sind. Die Arbeiter bis vor kurzem noch nicht viel mehr als bei den Arnsvalde. Da der Fortschritt auch nicht gering war, ausnahmslos organisierte Bauarbeiter, darunter, fast bei niedrigeren und zu werden. Das fünfjährige Ziel, das sich der Fortschritt, zu werden, um zu pfl. Daraufhin wurde die Arbeit wieder auf-



